

M. XII. 1918

150

Budapest ohne Gas.

Verbesserung der Lage. — Interpellation im Abgeordnetenhaus. — Die Suche nach den Schuldtragenden.

Angeblieh soll sich die Situation auf dem Gebiete der Gasbeleuchtung verbessert haben. Zu sehen ist derzeit von einer Verbesserung noch nichts, wenn gleich einzelne Haushaltungen, dem Verbot des Gasverbrauches ein Schnippchen schlagend, mit der jetzigen Gasabgabe höchst zufrieden sein sollen. Es ist dies auch leicht erklärlich, da der Druck in Folge des geringen Gasverbrauches trotz der Minderproduktion ein stärkerer ist, als er in letzterer Zeit bei vollem Betrieb der Gaswerke zu beobachten war. Im Allgemeinen muß jedoch festgestellt werden, daß das Publikum bei dieser Gelegenheit sich der größten Disziplin befleißigt und daß es seinem mustergiltigen Verhalten zuzuschreiben ist, wenn diese große Katastrophe mit verhältnismäßig geringen Zwischenfällen vorübergehen wird. Was die Sicherheitszustände betrifft, stellt die Oberstadthauptmannschaft fest, daß dieselben seit Längerem keine so gute waren, als gerade in der gaslosen Zeit, und es steht zu hoffen, daß die verstärkte Wachsamkeit der Polizei den guten Sicherheitszustand auch aufrechterhalten wird, bis dieser betrübende Zustand überwunden sein wird.

Inzwischen geht in der Altöfner Gasfabrik, wie offiziell mitgeteilt wird, die Reinigung der Retorten von der Schlacke in raschem Tempo von statten. Die Fabrik wird, soweit es die beschränkte Zufuhr von Gasföhle gestattet, im Laufe des heutigen Tages wieder in Betrieb gesetzt. Da schon bisher eine größere Anzahl von Retorten gereinigt wurde, konnte schon heute Vormittag mehr Gas produziert werden. In den Spitälern, Apotheken und ärztlichen Ordinationen dürfen die Gasföhne bereits geöffnet werden, und heute Mittag wurde schon in vielen Häusern mit Gas gekocht. Die Gasöfen dürfen jedoch noch nicht benützt werden. Heute Abends werden auch die Straßen besser beleuchtet sein als in den letzten drei Tagen. Die Direktion der Gaswerke hat eine technische Kommission entsendet, die feststellen soll, ob die verantwortlichen Organe ihre Pflicht erfüllt haben. Staatsbahndirektor Albert Gritner, eines der Mitglieder der Kommission, bezog sich gestern in die Fabrik, um die in der Fabrik vorgenommene chemische Analyse der preussischen Kohle zu überprüfen. Die Direktion der Gaswerke macht das Publikum darauf aufmerksam, daß die Montirungsgeschäfte der Gaswerke nähere Auskünfte über die weiteren Maßregeln erteilen.

Während das Publikum noch immer vom Gasmangel stark betroffen ist, hat die Kesseltreiberei begonnen, um die Schuldtragenden an diesem katastrophalen Ereignis zu ermitteln. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses hat Reichstagsabgeordneter Ivan Rakovsky in Form einer Interpellation die Frage angeschnitten. Er stellte den Handelsminister wegen des Vorkommnisses zur Rede und verwies auf die beruhigenden Versprechungen, die der Minister nach dieser Richtung hin zu wiederholtenmalen gegeben hat. Sonderbar fand er, daß der Leiter des gemeinsamen Ernährungsamtes Generalmajor v. Landwehr mit Umgehung der ungarischen Regierung sich im Wege eines Oberleutnants direkt an die Hauptstadt gewendet hat, um über die Ursachen der Einstellung des Betriebes Aufschluß zu holen und seine weitgehendste Hilfe anzubieten. Daß der Redner dieses Vorgehen vom staatsrechtlichen Standpunkte behandelt, ist seine Sache, für das Publikum sind in dieser Frage nicht staatsrechtliche Fragen ausschlaggebend, sondern es kann

mit vollem Rechte verlangen, daß die Gaswerke entsprechende und genügende Kohle erhalten, gleichviel ob dabei das Staatsrecht verletzt wird oder nicht.

Handelsminister Graf Béla Serényi vermochte nur fadenscheinige Argumente zu seiner Verteidigung anzuführen. Die lange Kriegsdauer, die ungünstige Lage des Landes, wofür jedes Stück Kohle importiert werden muß, und die Berufung auf die Landes-Kohlenkommission, die nach seinem Dafürhalten ihre Pflicht voll erfüllt hat. Ferner beruft er sich auf die Verkehrsschwierigkeiten und schließlich stellt er in Aussicht, daß, wenn die Kohlenmengen den getroffenen Vereinbarungen gemäß anlangen werden, nichts zu befürchten sein wird. Ferner stellte er noch fest, daß die Betriebseinstellung als Folge eines technischen Fehlers bei den Gaswerken zu betrachten sei.

Die Landes-Kohlenkommission, dieses im Verborgenen blühende Blümchen, schweigt und überläßt es dem Handelsminister, für sie in die Schranken zu treten. Die Direktion der Gaswerke, die wir von der Verantwortlichkeit durchaus nicht freisprechen können, hat in ihrem gestern veröffentlichten Communiqué die Kohlenkommission schwerer Unterlassungen beschuldigt, sie aber schweigt und gibt damit zu, daß die Beschuldigungen berechtigt sind und daß indirekt sie eigentlich die Urheberin der Betriebseinstellung der Gaswerke ist.

Die Direktion der Gaswerke dürfte in der am Mittwoch stattfindenden Generalversammlung des hauptstädtischen Municipalausschusses Rede und Antwort stehen müssen und dann dürfte in der derzeit noch verworrenen Frage einige Klarheit geschaffen werden. Ob die absolute Wahrheit je an den Tag gelangen wird, ist bei dem vor Augen gehaltenen Prinzip: „Eine Krähe haßt der anderen das Auge nicht aus“ noch fraglich.

Derzeit steht die Sache so, daß der Handelsminister und sein Staatssekretär, freilich in widersprechender Form, die Schuld auf die Gaswerke schieben, während die Gaswerke den Handelsminister und die Kohlenkommission für die Betriebseinstellung verantwortlich machen. In diesem Streite erscheint Generalmajor v. Landwehr als Retter in der Noth und verspricht, die Frage unter gewissen Bedingungen lösen zu wollen. Die Bedingungen bilden tiefes Geheimnis; es scheint uns aber, daß dieselben persönlicher Natur sind und daß man Ueberraschungen gewärtig sein darf.